

MUSTERVERTRAG

Hinweis:

Die gelb hinterlegten Bereiche sind verhandelbar. Es wird im nächsten Bewerbungsschritt eine Aussage des Bieters erwartet.



Ingenieurvertrag

über Ingenieurleistungen der Technischen Ausrüstung (TGA)
Neubau/Bestand

für die Baumaßnahme

Klärwerk 2 - Technische Gebäudeausrüstung

Energiekonzept und Sanierung der Anlagentechnik Betriebsgebäude U60 und T70

Zwischen

der Stadt Nürnberg

vertreten

durch den Oberbürgermeister,

Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg,

dieser vertreten durch den technischen Werkleiter und die kaufmännische Werkleiterin

des Eigenbetriebs **Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg**

Adolf-Braun-Straße 33, 90429 Nürnberg

- nachstehend Auftraggeberin genannt -

und

☐ Vorname: [] Nachname: [] als Einzelunternehmer []

☐ []
als GbR, vertreten durch []

☐ []
als GmbH, vertreten durch []

☐ Arbeitsgemeinschaft []
als GbR, vertreten durch []

Anschrift []

nachstehend Auftragnehmer genannt,



wird folgender

Vertrag

geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Gegenstand des Vertrages	4
§ 2 Grundlagen des Vertrages.....	5
§ 3 Leistungen des Auftragnehmers	6
§ 4 Baukosten	19
§ 5 Stufenweise Beauftragung.....	21
§ 6 CAD und AVA-Anwendungen und sonstige Projektdaten	22
§ 7 Vertragstermine	22
§ 8 Beteiligte	23
§ 9 Leistungen der Auftraggeberin.....	24
§ 10 Grundlagen des Honorars	25
§ 11 Haftpflichtversicherung	29
§ 12 Ergänzende Vereinbarungen	30



Anlagen und damit Vertragsbestandteile sind:

- ☒ Nr. 1 Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Nürnberg zum Architekten- und Ingenieurvertrag (AVB-Arch/Ing) (Stand 12.08.2021)
- ☒ Nr. 2 Verpflichtungserklärung (Stand 02/2021)
- ☒ Nr. 3 Energetische Planungsvorgaben
 - ☒ Nr. 3 Energetische Standards- und Planungsvorgaben der Stadt Nürnberg (Stand 06/2025)
 - ☒ Nr. 3 a Energetische Planungsvorgaben – Checkliste Hochbau (02/2021)
 - ☒ Nr. 3 b Energetische Planungsvorgaben – Checkliste Heizungs- und Lüftungstechnik (19.10.2022)
 - ☒ Nr. 3 c Energetische Planungsvorgaben – Checkliste Klimatechnik (03/2022)
 - ☒ Nr. 3 d Energetische Planungsvorgaben – Checkliste Sanitärtechnik (02/2021)
 - ☒ Nr. 3 g Energetische Planungsvorgaben – Checkliste Maschinenanlagen (02/2021)
 - ☒ Nr. 3 h Energetische Planungsvorgaben – Checkliste Qualitätssicherung (02/2021)
- ☐ Nr. 4 Terminpläne
 - ☐ Nr. 4 a Grobterminplan für die Planung und Bauausführung
 - ☐ Nr. 4 b Detailterminplan für die Planung
 - ☐ Nr. 4 c Terminplan Bauausführung
 - ☐ Nr. 4 d Vergabeterminplan
- ☐ Nr. 5 Förderbestimmungen und Zuschussbescheid
- ☐ Nr. 6 Hinweise des Hochbauamtes für VOB-Vergaben (Stand 20.04.2021)
- ☒ Nr. 7 Lageplan
- ☒ Nr. 8 TGA
 - ☐ Nr. 8a Allgemeine Richtlinien der Stadt Nürnberg über die Erstellung für Elektrotechnik (Stand 10.11.2022)
 - ☐ Nr. 8b TR-luK-RL01 – Richtlinie zur Planung von Informations- und Kommunikationsnetzwerken (Stand 07.09.2023)
 - ☐ Nr. 8b_Jugendamt TR-luK-RL01 – Richtlinie zur Planung von Informations- und Kommunikationsnetzwerken Bereich Jugendamt (Stand 07.09.2023)
 - ☐ Nr. 8b_Schulen TR-luK-RL01 – Richtlinie zur Planung von Informations- und Kommunikationsnetzwerken Bereich Schulen (Stand 07.09.2023)
 - ☐ Nr. 8c Aufbau EDV-Vernetzung mit Einspeisung der Feuerwehr (LWL u. Cu) und zusätzlicher DTAG-Anbindung (Stand 07/2020)
 - ☐ Nr. 8d IT-Rack Skizze (Stand 11/2020)
 - ☐ Nr. 8e Technische Anschlussbestimmungen für Brandmeldeanlagen im Schutzbereich der Feuerwehr Nürnberg (TAB) (Stand 09/2016)
 - ☐ Nr. 8f Verbindliche Ausführungsstandards für die Gebäudeautomation der Stadt Nürnberg (Stand 30.05.2025)
 - ☒ Nr. 8g Inhalt der Bestandsunterlagen (Stand 10/2019)
 - ☐ Nr. 8h Elektronische Zutrittssteuerung bei Gebäuden der Stadt Nürnberg (19.09.2022)
 - ☐ Nr. 8j Küchenstandards der Stadt Nürnberg (02/2019)
 - ☒ Nr. 8k Leistungsbild Inbetriebnahmemanagement (Stand 17.03.2023)
- ☒ Nr. 9 Muster Projektdokumentation (Stand 03.09.2021)
- ☒ Nr. 10 Richtlinien zur Führung eines Bautagebuchs (Stand 03/2018)
- ☒ Nr. 11 Datenschutzhinweis zum Abschluss von Verträgen mit der Stadt Nürnberg (Stand 03/2021)
- ☒ Nr. 12 Maßnahmen- und Leistungsbeschreibung
- ☐ Nr. 13 eRechnung – Rechnungsprüfung (Stand 07.05.2021)
- ☐ Nr. 14 eRechnung – Rechnungsstellung (Stand 12.08.2021)
- ☒ Sonderanlagen
 - ☒ S.1 Vertraulichkeitsvereinbarungen
 - ☒ S.2 Verpflichtungserklärung zur Geheimhaltung
 - ☒ S.3 Technischer Standard Dokumentation SUN

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Ingenieurleistungen der Technischen Ausrüstung gemäß §§ 53 ff. HOAI für Gebäude. Das beinhaltet auch die technischen Anlagen in den Außenanlagen (KG 550), sofern diese in der Leistungsbeschreibung aufgeführt sind, oder nachträglich von der Auftraggeberin übertragen werden.

1.2 Die Ingenieurleistungen sind für folgende Baumaßnahme zu erbringen:

Klärwerk 2 - Technische Gebäudeausrüstung

Energiekonzept und Sanierung der Anlagentechnik Betriebsgebäude U60 und T70

1.3 ☒ Die Maßnahmen- und Leistungsbeschreibung vom **11.02.2026** wird Bestandteil des Vertrages. Siehe Anlage Nr. 12.

1.4 Die Gesamtbaumaßnahme besteht aus folgenden Gebäuden/Gebäudeteilen:

Klärwerk 2, Betriebsgebäude U60 und T70

1.5 Gegenstand des Vertrages sind Leistungen der Technischen Ausrüstung für Anlagen folgender Anlagengruppen gemäß § 53 Abs. 2 HOAI:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen (AWG, Anlagengruppe 1)
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen (WVA, Anlagengruppe 2)
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen (LTA, Anlagengruppe 3)
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen (SSA, Anlagengruppe 4)
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen (FIA, Anlagengr. 5)
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen (FÖA, Anlagengruppe 6)
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen (NSA, Anlagengruppe 7)
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken (GA, Anlagengruppe 8)

1.6 ☒ Gegenstand dieses Vertrages sind auch besondere Leistungen im Sinne von § 3 Abs. 2 HOAI (siehe hierzu § 3 Nr. 3.2 des Vertrages).

1.7 Abschnittsweise Beauftragung

Es ist beabsichtigt, die Baumaßnahme

☒ in einem Zuge durchzuführen.

☐ je nach Finanzierung, insbesondere Zuschussbewilligung, in zeitlich getrennten Bauabschnitten wie folgt durchzuführen:

☐ Die Baumaßnahme wird in Bauabschnitten zeitlich nacheinander abgewickelt.

☐

1.8. Bei der Baumaßnahme handelt es sich um

- ☒ ein verfahrensfreies Bauvorhaben nach Art. 57 BayBO.
- ☐ ein Bauvorhaben im Sinne von Art. 58 BayBO, welches genehmigungsfrei gestellt ist.
- ☐ ein baugenehmigungspflichtiges Vorhaben im Sinne von Art. 59 BayBO/Art. 60 BayBO.

§ 2 Grundlagen des Vertrages

2.1 Grundlagen des Vertrages sind in nachstehender Reihenfolge:

- a. Die Bestimmungen dieses Vertrages,
- b. die sonstigen Vertragsbestandteile, die auf Seite 3 markiert wurden,
- c. die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2013 (BGBl. I S. 2276) zuletzt geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der HOAI vom 2. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2636),
- d. die einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung,
- e. die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere die §§ 631 ff. BGB,
- f. die allgemein anerkannten Regeln der Technik,
- g. die DIN 276-1: 2018-12 (im Folgenden DIN 276 genannt) als Grundlage für die Kostenermittlung und -verfolgung. Abweichend hiervon kann die Projektleitung der Auftraggeberin die DIN 276-1: 2008-12 als Grundlage der Kostenermittlung und -verfolgung vorgeben. Bei der Honorarermittlung ist die DIN 276-1: 2008-12 nach wie vor maßgeblich.
- h. VDI 3814 Blatt 2.2 Januar 2019: „Gebäudeautomation (GA) Planung, Planungsinhalte, Systemintegration und Schnittstellen“, Abschnitt 5 im Besonderen hinsichtlich der Leistungsphasen-spezifischen Planungsziele, der Spezifikation der Grundleistungen und der zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen.
- i. VDI 6026 "Dokumentation der technischen Gebäudeausrüstung"
- j. Zur Honorarermittlung von Teilleistungen werden die Teilleistungstabellen der HAV-KOM Herangezogen

2.2 Im Fall von Widersprüchen richtet sich die Rangfolge der Vertragsgrundlagen nach der Reihenfolge ihrer Aufzählung in Nr. 2.1. Bei Widersprüchen zwischen Text und Plänen gehen textliche Feststellungen den Plänen vor.

2.3 Weitergehende Vertragsbestandteile sind nicht vereinbart. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nicht.

2.4 Abweichend von § 7 Abs. 1 HOAI werden vertragliche Vereinbarungen in Schriftform geschlossen.

2.5 Die technischen Standards und energetischen Planungsvorgaben der Stadt Nürnberg befinden sich in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Sofern es für den Auftragsgegenstand zum Zeitpunkt der Änderung erforderlich ist, werden auf Anweisung der AG bei relevanten Änderungen die jeweils aktualisierten Fassungen Planungsziel. Deren Übergabe erfolgt durch die Auftraggeberin und wird dokumentiert.

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers

3.1 Folgende Grundleistungen gemäß § 55 Abs. 3 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 Nr. 15.1, mit Ausnahme der von der Auftraggeberin gemäß § 9 des Vertrages zu erbringenden Leistungen, hat der Auftragnehmer als wesentliche Arbeitsschritte und damit als Teile des Gesamtwerkerfolges (selbstständige Teilerfolge) zu erbringen:

☒ **Grundlagenermittlung (Leistungsphase 1)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Das Ermitteln der Voraussetzungen und das verantwortliche Klären aller planerischen und organisatorischen und sonstigen relevanten Rahmenbedingungen für eine fachgerechte Lösung der Gesamtaufgabe. Der Auftragnehmer hat dabei die technisch-konstruktiven Möglichkeiten und den von der Auftraggeberin gesteckten Kostenrahmen, soweit der Vertrag keine Kostenvorgabe enthält, zu konkretisieren.
- Das Beraten zum Leistungsbedarf
Die Beratung hat sich u.a. darauf zu erstrecken,
 - welche Behörden (z.B. Wasserwirtschaftsamt) zu beteiligen sind,
 - welche Art von Sonderfachleuten zu beteiligen sind,
 - welche Besonderen Leistungen zum Erreichen einer wirtschaftlichen Lösung zweckmäßig und erforderlich sind.
- Die Ergebnisse aus der Leistungsphase 1 sind der Auftraggeberin übersichtlich geordnet schriftlich zusammengefasst zu übergeben. Die Zusammenfassung soll der Auftraggeberin einen umfassenden Überblick über die Grundlagen seines Bauvorhabens vermitteln.
- Anlagengruppe 8: Zusätzlich zu den gemäß HOAI beschriebenen Grundleistungen: Die Grundleistungen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h Honorar-Vertrag auszuführen. Die zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h und Satz i Honorar-Vertrag zu erstellen und zu übergeben. Die Inhalte und Qualitäten der zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß Anlage 8f, Kapitel "Anforderungen Unterlagen vom GA-Fachplaner" zu erbringen.
Die wie zuvor näher beschriebenen Leistungen gehören zum geschuldeten Leistungssoll.

Die Grundlagenermittlung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

☒ **Vorplanung (Leistungsphase 2) (Projekt- und Planungsvorbereitung)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Das Erarbeiten eines Planungskonzeptes in seinen wesentlichen Teilen.
Hierbei ist Folgendes zu beachten:
 - Die Planung ist eindeutig erkennbar, mindestens im Maßstab 1 : 200 zu erstellen.
 - Die Pläne sind als Vorentwurfspläne zu kennzeichnen und haben folgende formale Voraussetzungen zu erfüllen: Datum der Erstellung, Planverfasser, Maßstabsangabe, Bemaßung, Erläuterung aller Symbole, Änderungsliste bei Mehrfachbearbeitung, örtliche Zuordnung der Anlagen zum Objekt in den Grundrissen, Zusammenwirken der Anlagen in den Schemaplänen.
 - Die erarbeiteten Zielvorstellungen sind systematisch und übersichtlich darzustellen, damit die Auftraggeberin in die Lage versetzt wird, die in den folgenden Planungsschritten vorgelegten Ergebnisse mit diesen Zielvorstellungen zu vergleichen.
 - Besonders geeignete Lösungen sind aufzuzeigen und eingehend zu begründen.
- Das Klären und Erläutern der wesentlichen fachspezifischen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen in Textform.
- Vorverhandlungen mit den zuständigen Behörden zur Feststellung der Genehmigungsfähigkeit der Planung.
- Die überschlägige Ermittlung der Gesamtkosten in Form der Kostenschätzung bis zur zweiten Ebene der Kostengliederung nach DIN 276.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

- Der Umfang der Kostenschätzung hat sich auf die Kosten der von dem Fachplaner bearbeiteten Anlagen oder Anlagengruppen zu erstrecken. Die anzugebenden Kosten sind summarisch nach Erfahrungs- oder Richtwerten als Schätzzahlen zu ermitteln oder z.B. den Kostenkennwerten des BKI zu entnehmen.
- Nachdem die Kostenschätzung Grundlage für die Entscheidung der Auftraggeberin ist, ob und wie die Baumaßnahme weitergeführt wird, ist sie für die Auftraggeberin von zentraler Bedeutung. Der Auftragnehmer hat die Leistungen zur Kostenschätzung deshalb mit größter Sorgfalt zu erbringen.
- Die Mitwirkung an der Erstellung des Rahmenterminplanes, die Erstellung eines Planungsterminplanes sowie die Erstellung eines Ausführungsterminplanes mit Darstellung der Ausführung der Technischen Anlagen.
- Die schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse.
- Die Übergabe der für die Berechnungen notwendigen Kennwerte (Vordimensionierung) u.a. gemäß Gebäudeenergiegesetz (GEG) der jeweiligen technischen Anlagen an die Planungsbeteiligten. Dies betrifft insbesondere die Wärmeversorgungsanlagen, Lüftungsanlagen und Starkstromanlagen.
- Anlagengruppe 8: Zusätzlich zu den gemäß HOAI beschriebenen Grundleistungen: Die Grundleistungen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h Honorar-Vertrag auszuführen. Die zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h und Satz i Honorar-Vertrag zu erstellen und zu übergeben. Die Inhalte, Qualitäten und Dateiformate der zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß Anlage 8f, Kapitel "Anforderungen Unterlagen vom GA-Fachplaner" zu erbringen.
Die wie zuvor näher beschriebenen Leistungen gehören zum geschuldeten Leistungssoll.

Die Vorplanung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

☒ **Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) (System- und Integrationsplanung)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Das Erarbeiten eines genehmigungsfähigen, technisch und wirtschaftlich auf den Vorgaben und Anforderungen der Auftraggeberin beruhenden Entwurfs.
Die Entwurfspläne sind als solche zu kennzeichnen und sollten folgende formale Voraussetzungen erfüllen: Datum der Erstellung, Planverfasser, Maßstabsangabe, Bemaßung, Erläuterung aller Symbole, Änderungsliste bei Mehrfachbearbeitung, örtliche Zuordnung der Anlagen zum Objekt in den Grundrissen, Zusammenwirken der Anlagen in den Schemaplänen.
- Das Führen der notwendigen Gespräche mit allen am Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden einschließlich der zuständigen Fachbehörden.
- Das Erstellen einer belastbaren Kostenberechnung nach DIN 276.
Hierbei ist Folgendes zu beachten:
 - Die Kosten sind bis zur dritten Ebene der Kostengliederung nach DIN 276 zu erfassen und aufzugliedern. Dies erfordert u.a. eine Berechnung der Mengen von bepreisten Bezugseinheiten der Kostengruppen.
 - Anlagengruppe 8: Die Kosten sind als vertiefte Kostenberechnung auf Bauteilebene mit Einzelpositionen (4. Ebene) zu erfassen und aufzugliedern. Die Übergabe der Kostenberechnung erfolgt digital als pdf und im bearbeitbaren Excel-Format.
 - Alle in der Kostenberechnung enthaltenen Kostenangaben sind zu begründen; die Quellenangaben und Berechnungswege sind in einer Anlage zur Kostenberechnung in Textform festzuhalten.
 - Nachdem die Kostenberechnung Grundlage für die Entscheidung der Auftraggeberin ist, ob und wie die Baumaßnahme weitergeführt wird, ist sie für die Auftraggeberin von zentraler Bedeutung. Der Auftragnehmer hat die Leistungen zur Kostenberechnung deshalb mit größter Sorgfalt zu erbringen.
 - Das Aufstellen von Vergabebudgets nach Gewerken auf Grundlage der Kostenberechnung nach der DIN 276.
- Das vergleichende Gegenüberstellen der Ergebnisse der Kostenberechnung mit den Ergebnissen der Kostenschätzung und aller weiteren dazwischen erfolgten Kostenermittlungen und nachvollziehbares Erläutern und Begründen von Veränderungen in Textform.
- Das Mitwirken am Erläuterungsbericht des Objektplaners mit Angabe der rechnerisch ermittelten Bedarfs- und Leistungswerte.
Hierzu hat der Auftragnehmer insbesondere vorzulegen:
 - Pläne separat je beauftragter Anlagengruppe (in Papierform und digital als dwg.- und pdf.-Datei)
 - Grundrisspläne aller techn. Anlagen im Maßstab 1 : 100
(Ergibt sich bei der Durcharbeitung, dass ein anderer Maßstab zweckmäßig ist, kann der Auftragnehmer mit Zustimmung der Auftraggeberin einen anderen Maßstab wählen.)

- Funktionsschemata: ohne Maßstab
- Übergabe der für die Berechnungen notwendigen Kennwerte (Berechnung und Bemessung) u.a. gemäß Gebäudeenergiegesetz (GEG) der jeweiligen technischen Anlagen an die Planungsbeteiligten. Dies betrifft insbesondere die Wärmeversorgungsanlagen, Lüftungsanlagen und Starkstromanlagen.
- Anlagengruppe 8 GA: Erstellung GA-Grundrisspläne (Format dwg + pdf): Diese beinhalten die Darstellung aller auf die GA aufzuschaltenden Komponenten (z.B. VSR, BSK, Sensorik, Aktorik, Jalousien, Fensterantriebe, ASP, Stockwerksverteiler) und aller Meldungen (z.B. ELT-Meldungen, Fensterkontakte, RWA) sowohl innerhalb als auch außerhalb der Technikzentralen. Jede Komponente/Meldung ist lagerichtig inkl. zugehörigem AKS darzustellen. Erstellung Legende für GA-Grundrisspläne.
- Anlagengruppe 8 GA: Auslegung und Auflistung aller ausgelegten Komponenten inkl. aller Auslegungs-Kenngrößen, z.B. Stellglieder; z.B. Klappenliste (Anlage, Antriebtyp, Stellkraft, Spannung), z.B. Regelventilliste (Anlage, dpvar, Ventilautorität, TVL, TRL, V, Q, kv, kvs, Art [3-Wege-Misch-Verteil, 2-Wege, Spannung], Anschluss [Flansch/Gewinde], DN-Ventil, PN, Notstellfunktion); z.B. Kabelliste (Komponente, Startpunkt, Endpunkt, Länge, Spannung, Strom, Kabeltyp, Querschnitt, Spannungsabfall, Verlegeart, zugehörige Kabelbühne, %-Belegung Kabelbühne); z.B. Zeitprogramme.
- Die schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse.
- Anlagengruppe 8: Zusätzlich zu den gemäß HOAI beschriebenen Grundleistungen: Die Grundleistungen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h Honorar-Vertrag auszuführen. Die zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h und Satz i Honorar-Vertrag zu erstellen und zu übergeben. Die Inhalte, Qualitäten und Dateiformate der zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß Anlage 8f, Kapitel "Anforderungen Unterlagen vom GA-Fachplaner" zu erbringen.
Die wie zuvor näher beschriebenen Leistungen gehören zum geschuldeten Leistungssoll.

Die Entwurfsplanung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

☐ **Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Die Herbeiführung einer dauerhaft genehmigungsfähigen Planung.
- Das Erarbeiten der Vorlagen für die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen oder Zustimmungen einschließlich der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen sowie notwendiger Verhandlungen mit Behörden. Umfang und Form der zu erarbeitenden Vorlagen richten sich nach den Bestimmungen der Bayerischen Bauordnung und den dazu erlassenen Durchführungsverordnungen.

- Das Vervollständigen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen, soweit die Änderungen zum Erhalt der Baugenehmigung erforderlich sind. Die Auftraggeberin ist darüber zu unterrichten.
- Ergänzen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen auf Grundlage des Genehmigungsbescheides mit Erläuterung von ggf. Auswirkungen auf Qualitäten, Kosten und Termine in Textform.

Die Genehmigungsplanung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☐ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☐ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen

☒ **Ausführungsplanung (Leistungsphase 5)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Die stufenweise Durcharbeitung der Ergebnisse der Entwurfs- und Genehmigungsplanung und die Erarbeitung und Darstellung zeichnerischer Detaillösungen bis zur ausführungsfähigen Lösung einschließlich der Fortschreibung der Ausführungspläne.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

- Die Durcharbeitung muss in ständiger Rückkoppelung mit dem Objektplaner und den anderen an der Planung fachlich Beteiligten, z. B. Tragwerksplanern, erfolgen.
- Es sind endgültige vollständige Ausführungszeichnungen (Werkpläne) mindestens im Maßstab 1 : 50 mit allen Angaben, die die jeweiligen Unternehmen zur Ausführung ihrer Leistungen benötigen, zu erstellen (mit Ausnahme der Montage- und Werkstattpläne).
- Die Pläne sind der Auftraggeberin separat je beauftragter Anlagengruppe, in Papierform und digital als dwg.- und pdf.-Datei nach Abschluss der Ausführungsplanung zu übergeben.
- Die Werkpläne müssen eindeutig als solche gekennzeichnet sein und haben folgende formalen Voraussetzungen zu erfüllen: Datum der Erstellung, Planverfasser, Maßstabsangabe, Bemaßung, Erläuterung der Symbole und Änderungsliste bei Mehrfachbearbeitung, örtliche Zuordnung der Anlagen zum Objekt in den Grundrissen, Zusammenwirken der Anlagen in den Schemaplänen.
- Anlagengruppe 8 GA: Fortführung GA-Grundrisspläne (Format dwg + pdf): Diese beinhalten die Darstellung aller auf die GA aufzuschaltenden Komponenten (z.B. VSR, BSK, Sensorik, Aktorik, Jalousien, Fensterantriebe, ASP, Stockwerksverteiler) und aller Meldungen (z.B. ELT-Meldungen, Fensterkontakte, RWA) sowohl innerhalb als auch außerhalb der Technikzentralen. Jede Komponente/Meldung ist lagerichtig inkl. zugehörigem AKS darzustellen. Erstellung Legende für GA-Grundrisspläne.
- Anlagengruppe 8 GA: Fortführen Auslegung und Auflistung aller ausgelegten Komponenten inkl. aller Auslegungs-Kenngrößen, z.B. Stellglieder; z.B. Klappenliste (Anlage, Antriebstyp, Stellkraft, Spannung); z.B. Regelventilliste (Anlage, dpvar, Ventilautorität, TVL, TRL, V, Q, kv, kvs, Art [3-Wege-Misch-Verteil, 2-Wege], Anschluss [Flansch/Gewinde], DN-Ventil PN, Notstellfunktion, Spannung) ; z.B. Kabelliste (Komponente, Startpunkt, Endpunkt, Länge, Spannung, Strom, Kabeltyp, Querschnitt, Spannungsabfall, Verlegeart, zugehörige Kabelbühne, %-Belegung Kabelbühne)

- Alle Planungsinhalte, die aus den Zeichnungen nicht hervorgehen und die ein ausführender Unternehmer unter Berücksichtigung seines Fachwissens zur Ausführung seiner Leistungen benötigt, sind detailliert textlich zu ergänzen; die zeichnerischen und textlichen Darstellungen müssen so ausführlich und so aussagekräftig sein, dass sich mündliche Erläuterungen hierzu erübrigen.
- Das Prüfen und Anerkennen der Montage- und Werkstattpläne der ausführenden Unternehmen auf Übereinstimmung mit der Ausführungsplanung.
- Die Übergabe der für die Berechnungen notwendigen Kennwerte (Fortschreiben der Berechnungen) u.a. gemäß Gebäudeenergiegesetz (GEG) der jeweiligen technischen Anlagen an die Planungsbeteiligten. Dies betrifft insbesondere die Wärmeversorgungsanlagen, Lüftungsanlagen und Starkstromanlagen.
- Anlagengruppe 8: Zusätzlich zu den gemäß HOAI beschriebenen Grundleistungen: Die Grundleistungen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h Honorar-Vertrag auszuführen. Die zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h und Satz i Honorar-Vertrag zu erstellen und zu übergeben. Die Inhalte, Qualitäten und Dateiformate der zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß Anlage 8f, Kapitel "Anforderungen Unterlagen vom GA-Fachplaner" zu erbringen.
Die wie zuvor näher beschriebenen Leistungen gehören zum geschuldeten Leistungssoll.

Die Ausführungsplanung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

- Schlitz- und Durchbruchpläne gemäß § 55 Abs. 2 HOAI werden

- ☒ beauftragt.
- ☐ nicht beauftragt.

- Das Prüfen der Montage- und Werkstattpläne gemäß § 55 Abs. 2 HOAI wird

- ☒ beauftragt.
- ☐ nicht beauftragt.

☒ Vorbereitung der Vergabe (Leistungsphase 6)

Dies beinhaltet insbesondere:

- Das Ermitteln und Zusammenstellen von Mengen als Grundlage für das Aufstellen von Leistungsverzeichnissen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter.
Die Mengen sind in einem Genauigkeitsgrad von mindestens +/- 10 % zu ermitteln.

- Das Aufstellen der Vergabeunterlagen mit Leistungsverzeichnissen nach den Anlagen der einschlägigen Anlagengruppe.
Hierbei ist Folgendes zu beachten:
 - Die „Hinweise des Hochbauamtes für VOB-Vergaben“ (Anlage 6) sind zu berücksichtigen.
 - Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis dürfen nicht gemacht werden. Alle Angaben außer der reinen Leistungsbeschreibung, die zum Verständnis der Bauaufgabe und zur Preisermittlung erforderlich sind und die sich nicht aus der Beschreibung der einzelnen Teilleistungen unmittelbar ergeben, sind in die Baubeschreibung (§ 7 b Abs.1 VOB/A) aufzunehmen.
 - Die Leistungsverzeichnisse sind so zu gestalten, dass sie insbesondere folgenden Anforderungen genügen:
 - ◆ Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen nach Leistungsbereichen unter strikter Beachtung von § 7 ff. VOB/A und der ATV der VOB/C. Dabei sind die Leistungsanforderungen u.a. so eindeutig und so erschöpfend zu beschreiben, dass alle Bewerber ihre Preise sicher und ohne umfangreiche Vorarbeiten berechnen können und ihnen kein ungewöhnliches Wagnis zugemutet wird.
 - ◆ Aufzunehmen sind nur die in der ATV (VOB/C) vorgeschriebenen Abrechnungseinheiten.
 - ◆ Der Mengenvordersatz „1“ darf bei Bedarfspositionen nur dann eingesetzt werden, wenn tatsächlich nur „1“ entsprechender Vordersatz anfällt.
 - ◆ Die Aufnahme von Alternativ- und Bedarfspositionen bedarf der Zustimmung der Auftraggeberin; Alternativ- und Bedarfspositionen sind als solche zu kennzeichnen.
 - ◆ Soweit StLB-Texte nicht vorliegen oder diese nicht zutreffen, sind die Leistungen durch freie Texte zu beschreiben. Fabrikatsbezogene Texte dürfen nicht verwendet werden. Begründete Ausnahmen sind mit dem Zuschussgeber abzuklären.
- Die Kostenkontrolle beinhaltet das Nachvollziehen und Dokumentieren der Kostenentwicklung durch Vergleichen der Sollkosten (Vergabebudgets, deren Basis ist die durch den Stadtrat beschlossene Kostenberechnung) mit den bepreisten Leistungsverzeichnissen.
- Die Kostenkontrolle muss so intensiv durchgeführt werden, dass die Auftraggeberin zu jedem Zeitpunkt die Kostensituation überblicken kann.
- Die Kostensteuerung: Bei Erhöhung der Kosten in den bepreisten Leistungsverzeichnissen gegenüber den Vergabebudgets und gegenüber den prognostizierten Gesamtkosten ist die Werk- und Detailplanung so anzupassen, dass die genehmigten Vergabebudgets eingehalten werden.
- Das Zusammenstellen der Vergabeunterlagen für alle Leistungsbereiche.
Hierbei ist Folgendes zu beachten:
 - Die für die kommunalen Auftraggeber verbindlichen Vergabevorschriften (z.B. VOB Teile A bis C, Mittelstandsrichtlinien, EU-Richtlinien u.a.) sind zu berücksichtigen.
 - Die VOB/B ist „als Ganzes“ zu vereinbaren.
 - Der Auftragnehmer ist nicht befugt, Vertragsbedingungen in die Vergabeunterlagen einzubringen, die die ganzheitliche Wirkung der VOB/B aufheben und die einzelnen Klauseln der VOB/B einer Prüfung nach §§ 305 ff. BGB unterwerfen.
 - Die Vergabeunterlagen sind anonymisiert zu erstellen. Es darf kein Rückschluss auf das Planungsbüro, welches die Vergabeunterlagen erstellt hat, möglich sein.
 - Der Auftragnehmer hat den Inhalt der Vergabeunterlagen vor der Vervielfältigung mit der Auftraggeberin abzustimmen.
 - Die Entscheidung über die Wahl der Vergabeart, die Auswahl der Bewerber, den Zeitpunkt der Ausschreibung, die Festlegung des Eröffnungstermins, die

Abgabe von Bietererklärungen, einen etwaigen Ausschluss von Nebenangeboten, Entschädigungen nach § 8 b Abs.1 Nr.1 VOB/A bei öffentlicher Ausschreibung und die Aufnahme Besonderer Vertragsbedingungen trifft allein die Auftraggeberin.

- Auftraggeberin und Auftragnehmer haben sich über erteilte Auskünfte im Sinne des § 12 a EU Abs. 3 VOB/A bzw. § 12 a Abs.4 VOB/A gegenseitig zu informieren.
- Die Leistungsbeschreibung ist der Auftraggeberin zu übergeben.

Die Vorbereitung der Vergabe ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

☒ **Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphase 7)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Das Erstellen einer Gesamtübersicht über alle einzuholenden und bereits eingeholten Angebote.
- Das Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen.
- Der Auftragnehmer hat seine Leistung so zu erbringen, dass die Auftraggeberin auf dieser Grundlage Bietergespräche bzw. Nachtragsverhandlungen mit den ausführenden Firmen führen kann.
- Für das Verfahren bei Nachträgen siehe die Ausführungen bei Leistungsphase 8.
- Das Erstellen der Vergabevorschläge und das Mitwirken bei der Dokumentation des Vergabeverfahrens.
- Die Kostenkontrolle: Diese beinhaltet das ständige umfassende Nachvollziehen und Dokumentieren der Kostenentwicklung durch Vergleichen der Sollkosten (Vergabebudgets, deren Basis ist die durch den Stadtrat beschlossene Kostenberechnung) mit den Ausschreibungsergebnissen einschließlich vorliegender und zu erwartender Nachträge (tatsächliche Kosten).

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

- Dieser Vergleich hat vor der Zuschlagserteilung zu erfolgen.
- Dieser Vergleich ist Grundlage für die letztmögliche Entscheidung der Auftraggeberin, ob und wie die Baumaßnahme durchgeführt wird und ist von zentraler Bedeutung. Der Auftragnehmer hat die Leistungen deshalb rechtzeitig und mit größter Sorgfalt zu erbringen.
- Die Kostenkontrolle muss so intensiv durchgeführt werden, dass die Auftraggeberin zu jedem Zeitpunkt die Kostensituation überblicken kann.
- Die Kostensteuerung: Bei Erhöhung der Ausschreibungsergebnisse gegenüber den Vergabebudgets und bei Erhöhung der prognostizierten Gesamtkosten gegenüber den Sollkosten sind die Gründe darzulegen und wirksame Vorschläge für Maßnahmen zur Gegensteuerung zu unterbreiten.
- Die Übergabe der für die Berechnungen notwendigen Kennwerte (Fortschreiben der Berechnungen) u.a. gemäß Gebäudeenergiegesetz (GEG) der jeweiligen

technischen Anlagen an die Planungsbeteiligten. Dies betrifft insbesondere die Wärmeversorgungsanlagen, Lüftungsanlagen und Starkstromanlagen.

Die Mitwirkung bei der Vergabe ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

☒ **Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation (Leistungsphase 8)**

Dies beinhaltet insbesondere:

- Das Herbeiführen eines mangelfreien und innerhalb der vereinbarten Kosten und Termine realisierten Bauwerks durch Überwachung der Ausführung des Bauvorhabens auf Übereinstimmung mit der Baugenehmigung, den Ausführungsunterlagen, den Montage- und Werkstattplänen und den Leistungsverzeichnissen, den Regeln der Baukunst und Technik und den einschlägigen Vorschriften sowie durch Dokumentation des Bauablaufes.
- Der Auftragnehmer hat die Bauarbeiten aller TGA-Gewerke persönlich zu überwachen und alle beauftragten Firmen der technischen Gebäudeausrüstung in den genannten Anlagengruppen zu koordinieren oder hierfür einen Mitarbeiter zu beauftragen, dessen Zuverlässigkeit und Fachkunde unbestritten sind. Diese Leistung ist, abhängig vom Baustand, ggf. täglich zu erbringen. Dies gilt insbesondere bei Bauvorgängen mit typischen Gefahrenquellen und kritischen Bauabschnitten.
- Der Auftragnehmer hat die Ausführungsplanung des Objektplaners kritisch im Hinblick auf seine fachspezifischen Anforderungen zu bewerten und darauf zu achten, dass diese Anforderungen berücksichtigt werden.
- Stundenlohnarbeiten sind - falls erforderlich - besonders anzuordnen. Die Anordnung bedarf der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin. Der Auftragnehmer hat den schriftlichen Nachweis des Unternehmers über die angefallenen Stunden zu überprüfen und zu bestätigen.
- Zum Nachweis aller Leistungen - ausgenommen solcher, die durch fachlich Beteiligte überwacht werden - sind die Ausführungszeichnungen den tatsächlichen Ausführungen entsprechend, während der Bauzeit zu ergänzen.
- Sämtliche vorzulegende Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen sind der Auftraggeberin in kopierfähiger/digitaler Ausführung zu übergeben.
- Das Mitwirken bei der Koordination der am Projekt Beteiligten. Dabei ist ein steter Austausch zwischen den an der Planung Beteiligten erforderlich.
- Beim Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplanes ist Folgendes zu beachten:
 - Der Zeitplan ist in Form eines Balkendiagramms und mit Angaben zum Beginn, zu bedeutsamen Zwischenterminen und zum Ende aller für die Baumaßnahme erforderlichen Bauleistungen aufzustellen.
 - Abweichungen vom Zeitplan sind der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen. Bei Verzögerungen sind die Ursachen darzulegen und Vorschläge zur Gegensteuerung zu machen. Der Zeitplan ist ständig zu überwachen und - soweit

erforderlich - einvernehmlich mit der Auftraggeberin und den Betroffenen fortzuschreiben.

- Die Dokumentation des Bauablaufes hat durch Führen eines Bautagebuches, gem. Anlage 10 zu erfolgen. Hierbei ist insbesondere Folgendes zu beachten:
Es sollte u.a. den Bauablauf, Störungen, Auseinandersetzungen mit anderen Beteiligten, Abweichungen beim Bestand (Nachträge), die Leistungen der Baubeteiligten, die Lieferungen, die Witterungsbedingungen und die Anwesenheit der Beteiligten festhalten. Der Auftragnehmer hat das Bautagebuch monatlich der Auftraggeberin vorzulegen und ihr mit der Endabrechnung zu überlassen.
- Das gemeinsame Aufmaß.
Dies beinhaltet die aktive Mitwirkung bei den gemeinsamen Aufmaßen mit den bauausführenden Firmen entsprechend § 14 Abs.2 VOB/B hinsichtlich der vom Auftragnehmer geplanten und überwachten Anlagen der TGA. Die Aufmaßblätter sind mit Datum zu versehen und sowohl vom Auftragnehmer als auch vom bauausführenden Unternehmer zu unterschreiben.
- Bei **Nachträgen** (falls erforderlich) ist insbesondere Folgendes zu beachten:
 - Der Auftragnehmer hat die von den bauausführenden Unternehmen vorgelegten Nachtragsangebote nach Maßgabe der Regelungen in § 2 Abs. 3, 5 und 6 VOB/B zu prüfen. Hierzu sind die Vorgaben für die Berechnung der Vergütung bei Nachtragsvereinbarungen nach § 2 VOB/B zu beachten.
 - Werden von der Auftraggeberin geänderte Bauleistungen angeordnet oder zusätzliche notwendige Leistungen gefordert und fordert ein bauausführender Unternehmer deswegen erhöhte oder zusätzliche Preise, ist von ihm zu verlangen, dass er die Nachtragsforderung mit kalkulatorischen Nachweisen auf der Basis der vertraglichen Preise übergibt.
 - Der Auftragnehmer hat umgehend zu begründen, warum Nachträge notwendig werden. Er hat zu bestätigen, dass diese Leistungen weder im Leistungsverzeichnis enthalten noch Nebenleistungen sind.
 - Sind von den bauausführenden Unternehmen geänderte Leistungen zu erbringen, die Minderkosten verursachen, hat der Auftragnehmer die Minderkosten darzulegen und Vorschläge für eine neue Preisvereinbarung nach § 2 VOB/B zu unterbreiten.
 - Werden von den bauausführenden Unternehmen Leistungen ohne Auftrag oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag ausgeführt, ist die Auftraggeberin hiervon unverzüglich zu unterrichten.
 - Der Auftragnehmer ist nicht befugt, mit den bauausführenden Unternehmen neue Preise zu vereinbaren. Nachtragsvereinbarungen trifft ausschließlich die Auftraggeberin im Rahmen der kommunalrechtlichen Zuständigkeiten.
 - Über Nachtragsforderungen, die beim Auftragnehmer eingehen, ist die Auftraggeberin unverzüglich zu unterrichten. Die Auswirkungen auf die Gesamtkosten sind darzulegen.
- Die Rechnungsprüfung. Hierbei ist Folgendes zu beachten:
 - Die Farben Grün und Rot dürfen für Anmerkungen auf Rechnungen und erläuternden Anlagen (z.B. Aufmaßblätter) nicht verwendet werden.
 - Die Massenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen sind mit den von der Auftraggeberin festgelegten Feststellungsvermerken zu versehen.
 - Werden Bauleistungen nach Gewicht abgerechnet, hat der Auftragnehmer die Wiegescheine täglich zu prüfen und darauf zu achten, dass sie vollständig und im Original vorliegen.
 - eRechnungen sind entsprechend den Vorgaben der Auftraggeberin zu bearbeiten.
- Die Kostenkontrolle. Hierbei ist insbesondere Folgendes zu beachten:
 - Diese beinhaltet das ständige umfassende Nachvollziehen und Dokumentieren der Kostenentwicklung durch Vergleichen der Sollkosten (Vergabebudgets, deren Basis ist die durch den Stadtrat beschlossene Kostenberechnung)

mit den Auftragssummen einschließlich vorliegender und zu erwartender Nachträge (tatsächliche Kosten).

- Die Kostenkontrolle muss so intensiv durchgeführt werden, dass die Auftraggeberin zu jedem Zeitpunkt die Kostensituation überblicken und ihre Mittelbereitstellung daran orientieren kann.
- Kostensteuerung. Hierbei ist insbesondere Folgendes zu beachten:
 - Bei Veränderungen der prognostizierten Gesamtkosten z.B. gegenüber den bepreisten Leistungsverzeichnissen (insbesondere Kostenerhöhungen) sind die Gründe darzulegen und Vorschläge für Maßnahmen zur Gegensteuerung zu unterbreiten.
 - Der Auftragnehmer hat über eingegangene Verbindlichkeiten sowie über Ausgaben derart Buch zu führen, dass er jederzeit den Stand der Ausgaben sowie der erforderlichen Finanzmittel nachweisen kann.
- Kostenkontrolle und Kostensteuerung dienen der Überwachung der Kostenentwicklung und der Einhaltung der Kostenvorgabe und ermöglichen der Projektleitung und -steuerung die Bewertung der Gesamtkostensituation während der Ausführungsphase. Deshalb müssen Abweichungen von den Planwerten (Budgets) und sich abzeichnende Kostenrisiken umgehend genannt werden, damit zielgerichtete Maßnahmen der Kostensteuerung ergriffen werden können.
- Von ausführenden Firmen angekündigte sowie vom Auftragnehmer frühzeitig erkannte bzw. drohende Nachträge, Mehrungen/Minderungen sind ohne Verzögerung der Projektleitung in Textform mitzuteilen.
- Eingegangene Nachträge sind (auch vor ihrer baufachlichen Prüfung!) in Kopie sofort und ohne Verzögerung der Projektleitung zuzusenden.
- Werden diese Regelungen zur Kostensteuerung nicht konsequent von allen Projektbeteiligten eingehalten, kann es dazu kommen, dass die Projektleitung Entscheidungen aufgrund falscher Kostenprognosen trifft und u.U. Steuerungsmaßnahmen zur Vermeidung von Mehrkosten nicht mehr möglich sind. Dies kann als Mangel der beauftragten Leistungen nach HOAI gewertet werden. Ein möglicher Ersatz zum Ausgleich des der Auftraggeberin entstandenen finanziellen Schadens kann dann nicht ausgeschlossen werden.
- Die Organisation der Abnahme. Hierbei ist Folgendes zu beachten:
 - Die Bauleistungen sind förmlich abzunehmen und die Abnahmen müssen in Niederschriften dokumentiert werden.
 - Der Auftragnehmer hat die technische Abnahmefähigkeit der Bauleistung zu prüfen und ist verpflichtet, der Auftraggeberin im Hinblick auf die rechtsgeschäftliche Abnahme zu beraten. Er ist aber nicht zur Vornahme des rechtsgeschäftlichen Teils der Abnahme befugt, insbesondere nicht dazu, Vorbehalte wegen bekannter Mängel zu erklären oder Vertragsstrafen zu erlassen. Der Auftragnehmer hat die Abnahmetermine deshalb rechtzeitig mit der Auftraggeberin abzustimmen.
- Die Prüfung der Revisionsunterlagen. Hierbei ist Folgendes zu beachten: Der Auftragnehmer veranlasst, dass die durch die ausführenden Firmen zu erstellenden Revisionspläne von den ausführenden Firmen bereits während der Objekterstellung auf den tatsächlichen Bauzustand fortgeschrieben werden. Die Montagepläne sind besonders in den Bereichen, in denen diese Installationen durch abgehängte Decken oder Ähnliches verkleidet werden oder durch andere Installationen nicht zugänglich sind, während der Bauzeit dahingehend zu überprüfen.
- Auflistung aller Prüf- und Wartungsfristen. Hierbei sind für alle sich aus der Baumaßnahme ergebenden Prüf-, Inspektions- und Wartungsfristen einschließlich der Nennung der für jeden Punkt zutreffenden rechtlichen Grundlage und der bei der Prüfung, Inspektion oder Wartung erforderlichen Sach- und Fachkunde zu dokumentieren. Sofern eine separate Bewertung zur Festlegung einer Frist erforderlich ist, muss diese beigelegt werden.

- Die für die Berechnungen/Dokumentation notwendigen Kennwerte u.a. gemäß Gebäudeenergiegesetz (GEG) (Fortschreiben der Berechnungen) der jeweiligen technischen Anlagen sind den Planungsbeteiligten zu übergeben. Dies betrifft insbesondere die Wärmeversorgungsanlagen, Lüftungsanlagen und Starkstromanlagen.
- Anlagengruppe 8: Anforderung der geprüften Montageunterlagen bei den jeweils zuständigen Fachplanern und Übergabe an die ausführende GA-Firma.
- Anlagengruppe 8: Zusätzlich zu den gemäß HOAI beschriebenen Grundleistungen: Die Grundleistungen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h Honorar-Vertrag auszuführen. Die zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß § 2 Abs. 2.1 Satz h und Satz i Honorar-Vertrag zu erstellen und zu übergeben. Die Inhalte, Qualitäten und Dateiformate der zu erstellenden und zu übergebenden Unterlagen sind gemäß Anlage 8f, Kapitel "Anforderungen Unterlagen vom GA-Fachplaner" zu erbringen.
Die wie zuvor näher beschriebenen Leistungen gehören zum geschuldeten Leistungssoll.

Die Objektüberwachung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

☒ Objektbetreuung (Leistungsphase 9)

Die Objektbetreuung ist für nachfolgend markierte Anlagengruppen zu erbringen:

- ☒ Nr. 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- ☒ Nr. 2: Wärmeversorgungsanlagen
- ☒ Nr. 3: Lufttechnische Anlagen
- ☒ Nr. 4: Starkstromanlagen
- ☒ Nr. 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- ☐ Nr. 6: Förderanlagen
- ☐ Nr. 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen
- ☒ Nr. 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

3.2 Besondere Leistungen

Der Auftragnehmer hat neben den Grundleistungen folgende Besondere Leistungen im Sinne von § 3 Abs. 2 HOAI zu erbringen:

Anlagengruppe	Besondere Leistung
1 bis 8, sofern Leistungsgegenstand	a) Bestandsaufnahme und Bewertung

	<p>Erfassung und fachliche Bewertung des Zustands der vorhandenen technischen Anlagen (Wärme-, Kälte, Lüftungs- Sanitär- und MSR-Technik) in den Gebäuden U60 und T70.</p> <p>b) Variantenbetrachtung</p> <p>Erarbeitung von Sanierungs- und Versorgungskonzepten für die technischen Anlagen. Gegenüberstellung der erarbeiteten Konzepte anhand definierter Kriterien (Technik, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Umsetzbarkeit) und Ableitung einer fachlichen Empfehlung inkl. Vorstellung der Bewertung.</p> <p>c) vertiefte Kostenschätzung</p> <p>Ermitteln der Kosten auf Basis der im Planungsstand des Vorentwurfs möglichen Differenzierung nach Bauelementen und Positionen der relevanten Bauteile/Gewerke bis in die 3. Ebene der Kostengruppen.</p>
Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen	<p>a) <input type="checkbox"/></p> <p>b) <input type="checkbox"/></p> <p>c) <input type="checkbox"/></p>
Wärmeversorgungsanlagen	<p>a) <input type="checkbox"/></p> <p>b) <input type="checkbox"/></p> <p>c) <input type="checkbox"/></p>
Lufttechnische Anlagen	<p>a) <input type="checkbox"/></p> <p>b) <input type="checkbox"/></p> <p>c) <input type="checkbox"/></p>
Starkstromanlagen	<p>a) <input type="checkbox"/></p> <p>b) <input type="checkbox"/></p> <p>c) <input type="checkbox"/></p>
Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	<p>a) <input type="checkbox"/></p> <p>b) <input type="checkbox"/></p> <p>c) <input type="checkbox"/></p>
Förderanlagen	<p>a) <input type="checkbox"/></p>

	b) <input type="text"/>
	c) <input type="text"/>
Nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen	a) <input type="text"/> b) <input type="text"/> c) <input type="text"/>
Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken	a) <input type="text"/> b) <input type="text"/> c) <input type="text"/>

Die Auftraggeberin behält sich vor, ggf. weitere Besondere Leistungen nach Vertragschluss zu beauftragen.

3.3 sonstige Bestimmungen zur Leistung des AN

Anlagenkennzeichnungssystem (AKS): Anlagen, Systeme und Einzelkomponenten, welche in das Gebäudeautomationssystem integriert werden, sind entsprechend dem Anlagenkennzeichnungssystem der Stadt Nürnberg in die Planung aufzunehmen. Der Auftragnehmer bezeichnet dabei jeweils die durch ihn geplanten Komponenten. Die Darstellung des AKS betrifft mindestens folgende Dokumente: Schemata, Grundrisse, Erläuterungsberichte. Das AKS setzt sich aus Orts-, Anlagen- und GA-Kennung zusammen.

Anlagengruppe 8, Besprechungen: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Einladung der Auftraggeberin oder deren Erfüllungsgehilfen an projektbezogenen Besprechungen teilzunehmen. Wenn die Protokollführung nicht anderweitig festgelegt wurde, fertigt der Auftragnehmer jeweils für seinen Fachteil über die Besprechungen unverzüglich Niederschriften an und legt sie der Auftraggeberin zur Genehmigung vor.

§ 4 Baukosten

4.1 Kostenobergrenze

Die maximalen Investitionskosten gem. Kostengruppen 200 bis einschließlich 700 der DIN 276 betragen

☐ **EUR** (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer). Die maximalen Investitionskosten der KG 400 in Höhe von insgesamt EUR (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer) teilen sich in folgende Kostengruppen auf:

	Kostengruppe	Max. Investitionskosten
<input type="checkbox"/>	410	
<input type="checkbox"/>	420	
<input type="checkbox"/>	430	
<input type="checkbox"/>	440	
<input type="checkbox"/>	450	
<input type="checkbox"/>	460	

<input type="checkbox"/>	470	
<input type="checkbox"/>	480	

- ☒ vorläufig **2.200.000 EUR** (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer). Die maximalen Investitionskosten der KG 400 in Höhe von insgesamt **2.020.000 EUR** (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer) teilen sich in folgende Kostengruppen auf:

	Kostengruppe	Max. Investitionskosten
<input checked="" type="checkbox"/>	410	600.000,00
<input checked="" type="checkbox"/>	420	450.000,00
<input checked="" type="checkbox"/>	430	350.000,00
<input checked="" type="checkbox"/>	440	60.000,00
<input checked="" type="checkbox"/>	450	10.000,00
<input type="checkbox"/>	460	
<input type="checkbox"/>	470	
<input checked="" type="checkbox"/>	480	550.000,00

Die exakte Summe kann aktuell noch nicht beziffert werden. Sie wird spätestens dann Vertragsinhalt und für den Auftragnehmer verbindlich, wenn das zuständige Genehmigungsorgan der Stadt Nürnberg die Investitionskosten genehmigt hat.

Die verbindliche Kostenobergrenze wird dem Auftragnehmer innerhalb von zwei Wochen nach der Genehmigung in Textform mitgeteilt.

Der Auftragnehmer hat seine Leistung so zu erbringen, dass diese Kosten im Sinne einer Beschaffensvereinbarung (§ 633 Abs. 2 BGB) in Abstimmung mit den übrigen am Planungsprozess Beteiligten eingehalten wird.

Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass die haushaltsmäßig anerkannten Kosten bei der Verfolgung der Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung voraussichtlich nicht eingehalten werden, hat er die Auftraggeberin hierüber unverzüglich und umfassend zu unterrichten und geeignete Einsparungsvorschläge und mögliche Handlungsvarianten sowie deren Auswirkungen auf Kosten, Qualität, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterbreiten.

Bei Kostenüberschreitungen hat der Auftragnehmer nur für eigenes Verschulden einzustehen. Eine Überschreitung der Kosten ist dem Auftragnehmer nicht anzulasten, wenn sie auf zusätzliche Anforderungen oder Sonderwünschen der Auftraggeberin zurückzuführen ist oder auf Umständen beruht, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat.

- 4.2 Unabhängig von der Einhaltung der verbindlichen Kosten in § 4 Nr. 4.1 hat der Auftragnehmer alle Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten für Bau und Betrieb des Gebäudes unter Beachtung der vorgegebenen Quantitäts-, Qualitäts- und Terminziele unter Wahrung des von der Auftraggeberin gebilligten Planungskonzeptes, bzw. eines entsprechenden Zuschussbescheides auszuschöpfen. Er hat dabei die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowohl beim Bau, als auch bei der Nutzung und dem Betrieb des Gebäudes einzeln im Zusammenhang zu beachten.

Dieser Prämissen sind, soweit die Auftraggeberin nicht ausdrücklich etwas anderes anordnet, auch gestalterische und architektonische Gesichtspunkte unterzuordnen. Bei geförderten Maßnahmen hat der Auftragnehmer in Abstimmung mit den übrigen am Planungsprozess Beteiligten so zu planen, dass eine höchstmögliche Förderung erreicht wird.

- 4.3 Die Planung muss Betriebsabläufe funktionell optimieren und ermöglichen, die künftigen Nutzungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten des Objektes gering zu halten. Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die absehbaren Betriebs-,

Nutzungs- oder Instandsetzungskosten so steigen, dass die Einsparungen dadurch ausgeglichen werden.

- 4.4 Nach näherer Maßgabe der Festlegungen in § 3 dieses Vertrages zum Umfang der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen ist dieser zur Kostenermittlung, zur Fortschreibung der Kostenermittlung und zur Kostenkontrolle verpflichtet.

§ 5 Stufenweise Beauftragung

- 5.1 Die Beauftragung der in § 3 Nr. 3.1 genannten Grundleistungen und folgende der in § 3 Nr. 3.2 aufgeführten Besonderen Leistungen erfolgt stufenweise:
- 5.2 Beauftragt werden zunächst nur folgende der in § 3 Nr. 3.1 aufgeführten Grundleistungen und folgende der in § 3 Nr. 3.2 aufgeführten Besonderen Leistungen:

Grundleistungen:	
Stufe 2: §3.1 – LPH 1-2	<input checked="" type="checkbox"/>
Stufe 3: §3.1 – LPH 3	<input type="checkbox"/>
Stufe 4: §3.1 – LPH 5	<input type="checkbox"/>
Stufe 5: §3.1 – LPH 6	<input type="checkbox"/>
Stufe 6: §3.1 – LPH 7	<input type="checkbox"/>
Stufe 7: §3.1 – LPH 8	<input type="checkbox"/>
Stufe 8: §3.1 – LPH 9	<input type="checkbox"/>
Besondere Leistungen:	
Stufe 1: Variantenbetrachtung	<input checked="" type="checkbox"/>
Stufe 2: vertiefte Kostenschätzung	<input checked="" type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>

- 5.3 Die Auftraggeberin behält sich die Beauftragung weiterer unter § 3 Nr. 3.1 aufgeführter Grundleistungen sowie Besonderer Leistungen gemäß § 3 Nr. 3.2 - auch teil- und abschnittsweise - vor.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, diese weiteren Grundleistungen und Besondere Leistungen nach den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, sofern diese Grundleistungen durch die Auftraggeberin beauftragt werden.

Diese Bindung entfällt für Grundleistungen und Besondere Leistungen, die nicht spätestens 36 Monate nach Abschluss der zuletzt erbrachten Grundleistungen entsprechend beauftragt werden. Die Beauftragung weiterer Leistungen erfolgt durch Mitteilung in Textform.

- 5.4 Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Beauftragung mit weiteren Grundleistungen sowie mit weiteren Besonderen Leistungen. Aus Projektverzögerungen, die alleine auf die abschnitts-/stufenweise Beauftragung zurückzuführen sind, kann der Auftragnehmer grundsätzlich keine weitergehenden Vergütungs- oder Schadensersatzansprüche herleiten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Auftraggeberin rechtzeitig zur Vermeidung von Verzögerungen über die Notwendigkeit des Abrufs weiterer Stufen oder Leistungen zu informieren.

§ 6

CAD und AVA-Anwendungen und sonstige Projektdaten

- 6.1 Das vom Auftragnehmer verwendete CAD-System muss die Schnittstellen dwg und dxf vollumfänglich unterstützen.
- 6.2 Leistungsverzeichnisse sind generell mit einer AVA-Software zu erstellen. Die verwendete Software muss über eine zertifizierte GAEB-Schnittstelle verfügen.
- 6.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin auf Aufforderung Datenträger und Projektunterlagen mit dem aktuellen Stand der eigenen Planungsleistungen (z.B. einschließlich Statik, Haustechnik usw.) und den zugehörigen Ausschreibungsunterlagen zu übergeben. Bei Verwendung eines elektronischen Projektkommunikationssystems ist sicherzustellen, dass die darin abgelegten Daten regelmäßig aktualisiert werden. Eine Aktualisierungsfrequenz ist zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer abzustimmen.
- 6.4 Bei vorzeitiger Vertragsbeendigung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die den aktuellen Planungs- und Ausschreibungsstand wiedergebenden Datenträger unverzüglich und ohne ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen zu können, an die Auftraggeberin herauszugeben.

§ 7

Vertragstermine

7.1 Vertragstermine

Für die beauftragten Leistungen gelten folgende verbindliche Termine:

- | | |
|---|----------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Vorlage der Variantenbetrachtung: | Q2/2027 |
| <input checked="" type="checkbox"/> Vorlage der Entwurfsplanung nach § 55 Abs. 1 Nr. 3 HOAI: | Q4/2027 |
| <input type="checkbox"/> Vorlage der Genehmigungsplanung nach § 55 Abs. 1 Nr. 4 HOAI: | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Ausgabe der Vergabeunterlagen:
Die mit der Auftraggeberin abgestimmten Vergabeunterlagen müssen mindestens 10 Werkzeuge vor diesem Ausgabetermin vorgelegt werden. | Q2/2028 |
| <input checked="" type="checkbox"/> Baubeginn (Beginn der Tätigkeit auf der Baustelle): | Q3/2028 |

- ☒ Gesamtfertigstellung des Bauwerks:
(Möglichkeit der ungehinderten Übernahme in den bestimmungsgemäßen Gebrauch)

Q4/2029

- ☐ mehrere Bauabschnitte (ggf. je BA angeben)

☐

- 7.2 Für die weiteren Leistungen inkl. Erörterung der Ergebnisse der einzelnen Leistungsphasen gemäß Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI gilt der einvernehmlich festgelegte Terminplan oder die entsprechend in Textform zu vereinbarenden Einzeltermine.
- 7.3 Soweit zwischen den Parteien keine Vereinbarung über bestimmte Termine zustande kommt, hat der Auftragnehmer die beauftragten Leistungen unverzüglich aufzunehmen, angemessen und nachweisbar zu fördern und innerhalb angemessener Frist zu Ende zu führen.
- 7.4 Die Auftraggeberin behält sich in Anpassung an den Bauablauf eventuelle notwendige Korrekturen an den unter § 7 Nr. 7.1 bzw. im Bauzeitenplan aufgeführten Terminen/Fristen vor. Sie ist berechtigt, die Planvorlagetermine erforderlichenfalls nach billigem Ermessen einseitig zu bestimmen und eine konkrete Leistungszeit für den Auftragnehmer vorzusehen.
- 7.5 Auf § 7 AVB wird verwiesen.

§ 8 Beteiligte

8.1 Projektleitung

Die Projektleitung der Auftraggeberin wird in der Federführung wahrgenommen von:
SUN/WL-BGU, Benjamin Metzger

Die Projektleitung des Auftragnehmers wird wahrgenommen von:

Als Vertreter für die Projektleitung wird benannt.

Änderungen der Projektleitung und der Stellvertreter haben durch Mitteilung in Textform zu erfolgen.

8.2 Fachlich Beteiligte

Die Koordination und Integration der Leistungen anderer fachlich Beteiligter ist Aufgabe des für das Bauvorhaben beauftragten Objektplaners. Der Auftragnehmer hat hieran in dem nachfolgend beschriebenen Umfang mitzuwirken:

- Der Auftragnehmer muss die Beiträge anderer fachlich Beteiligter, einschließlich derjenigen des Objektplaners, mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen daraufhin überprüfen, ob diese die fachspezifischen Anforderungen berücksichtigen sowie offenkundige Fehler und/oder Unvollständigkeiten aufweisen. In diesem Fall muss er den Objektplaner und ggf. der Auftraggeberin unverzüglich entsprechend unterrichten.
- Der Auftragnehmer hat den Objektplaner und ggf. andere fachlich Beteiligte darauf hinzuweisen, bis zu welchem Zeitpunkt die Beiträge anderer fachlich Beteiligter, einschließlich derjenigen des Objektplaners, vorliegen müssen, damit er selbst in der



Lage ist, seine Leistungen fristgerecht zu erbringen. Liegen diese Beiträge nicht termingerecht vor, muss er den Objektplaner und ggf. die Auftraggeberin darauf hinweisen.

- Der Auftragnehmer hat den Objektplaner und die übrigen fachlich Beteiligten vollständig und umfassend zu unterrichten und ihnen vollständige, sachlich richtige und widerspruchsfreie Unterlagen sowie Planungen zukommen zu lassen.
- Der Auftragnehmer hat sich mit den weiteren fachlich Beteiligten in jeder LPh zeitlich und sachlich so abzustimmen und seine Beiträge rechtzeitig und ordnungsgemäß zur Integration in die Objektplanung bereitzustellen, dass die vereinbarten Projektziele erreicht werden.

Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten, zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bekannten, Fachlich Beteiligten erbracht. Die Beauftragung weiterer, fachlicher Beteiligter ist möglich:

- ☐ - Objektplanung:
- ☐ - Projektsteuerung:
- ☐ - Tragwerksplanung:
- ☐ - Technische Ausrüstung:
 - ☐ - Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen (AWG-Technik):
 - ☐ - Wärmeversorgungsanlagen (WVA-Technik):
 - ☐ - Lufttechnische Anlagen (LTA-Technik):
 - ☐ - Starkstromanlagen:
 - ☐ - Fernmelde- und informationstechnische Anlagen:
 - ☐ - Förderanlagen:
 - ☐ - Nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen:
 - ☐ - Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken:
- ☐ - Sicherheitskoordination:
- ☐ - Freianlagenplanung:
- ☐ - Verkehrsplanung:
- ☐ - Bodenmechanik, Erd- und Grundbau:
- ☐ - Leistungen für Thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik:
- ☐ -

§ 9

Leistungen der Auftraggeberin

9.1 Eigenleistungen der Auftraggeberin, die aus § 3 Nr. 3.1 von der Auftraggeberin erbracht werden, führen zu folgender Reduzierung des Vom-Hundert-Satzes:

- Die Auftraggeberin erbringt folgende Grundleistungen aus Leistungsphase 7:
 - c) Führen von Bietergesprächen 0,50 %
 - f) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen für alle Leistungsbe- 0,15 %
reiche und Mitwirken bei der Auftragserteilung

Summe

0,65 % (von 5 %)



9.2 Die Auftraggeberin erbringt über § 9 Nr. 9.1 hinaus folgende sonstige Leistungen:

- Bereitstellen folgender Unterlagen:
 - ☒ Gebäudegrundrisse und Schnitte, soweit vorhanden
 - ☒ Kataster-, Lage- und Höhenpläne des Baugrundstücks
 - ☐ Raumprogramm
 - ☐ Angabe der Gebühren, Erschließungskosten, Bauherrenkosten
 - ☐
- Beauftragung der Sonderfachleute, soweit diese als Erfüllungsgehilfen der Auftraggeberin in Erscheinung treten
- Wahrnehmung von projektbezogenen Repräsentationspflichten
- Kassenreife machen der vom Auftragnehmer geprüften und bescheinigten Kostenrechnungen
- Zahlungen
- Rechtsgeschäftliche Abnahme der Leistungen

§ 10 Grundlagen des Honorars

10.1 Honorar für die beauftragten Grundleistungen:

10.1.1 Soweit nachfolgend nicht eine andere Vereinbarung getroffen ist, richtet sich die Berechnung des Honorars nach der HOAI in der bei Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2013 (BGBl. I S 2276), zuletzt geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der HOAI vom 2. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2636) sowie nach der in diesem Vertrag ggf. vereinbarten Minderung oder Erhöhung gemäß § 10 Nr. 10.1.2.

10.1.2 Der Honorarermittlung werden nach § 6 HOAI in Verbindung mit §§ 54 ff. HOAI zu Grunde gelegt:

Die anrechenbaren Kosten auf Grundlage der endgültigen Kostenberechnung, sofern diese berechtigt nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung, sofern diese berechtigt nicht vorliegt der Kostenrahmen.

Derzeit ist von vorläufigen anrechenbaren Kosten gemäß § 4.1 auszugehen.

10.2 Vorläufige Honorarermittlung

10.2.1 Vergütung s. Honorartabelle in Anlage

10.2.2 Honorarzusammenstellung

Gesamthonorare netto

Anlagengruppe 1, Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
Anlagengruppe 2, Wärmeversorgungsanlagen

108.000,87 EUR
100.872,12 EUR

Anlagengruppe 3, Lufttechnische Anlagen	82.120,57 EUR
Anlagengruppe 4, Starkstromanlagen	17.618,60 EUR
Anlagengruppe 5, Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	4.291,19 EUR
Anlagengruppe 8, Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken	118.476,51 EUR
SUMME Gesamthonorar netto – ohne Nebenkosten	431.379,85 EUR
Nebenkosten %	 EUR
SUMME Gesamthonorar netto – mit Nebenkosten	431.379,85 EUR
Nachlass %	 EUR
19% Umsatzsteuer	81.962,17 EUR
Gesamthonorar brutto	513.342,02 EUR

10.3 Zuschläge

10.3.1 Anrechenbare Kosten für mitzuverarbeitende Bausubstanz der gesamten Baumaßnahme im Sinne des § 2 Abs. 7 HOAI:

- ☒ Eine mitzuverarbeitende Bausubstanz fällt **nicht** an und wird daher mit 0,- EUR angesetzt. Die Berücksichtigung von Bestandsleitungen erfolgt im Bedarfsfalle über Zu-/ Abschlüsse bzw. einen Umbauzuschlag.
- ☐ Eine mitzuverarbeitende Bausubstanz fällt an.

10.3.2 Für Umbauten und Modernisierungen im Sinne von § 56 Abs. 5 in Verbindung mit § 2 Abs. 5 und 6 HOAI erhöht sich das Honorar gemäß § 6 Abs. 2 HOAI um:

Anlagengruppe	v.H.-Satz
1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen	
2: Wärmeversorgungsanlagen	
3: Lufttechnische Anlagen	
4: Starkstromanlagen	
5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	
8: Gebäudeautomation	

10.4 Prozentuale Zu- / Abschlüsse zum Honorar gelten für diese Beauftragung und alle kommenden Nachtragsangebote, die in Zusammenhang mit der vorliegenden Beauftragung stehen.

10.5 Sind mehrere Gebäude Gegenstand des Vertrages, wird das Honorar gem. § 11 HOAI aus den anrechenbaren Kosten

- ☐ jeweils getrennt
- ☒ zusammengefasst
- ☐ wie folgt teilweise zusammengefasst ermittelt:

10.6 Anrechenbare Kosten außerhalb der Tafelwerte des § 56 Abs.1 HOAI

10.6.1 Unterschreiten die anrechenbaren Kosten die Grenze von 5.000 EUR netto, wird folgendes Honorar vereinbart:

☐

☐ Zeithonorar (gemäß § 10 Nr. 10.9): EUR netto.

☐ Pauschalhonorar: EUR netto.

Dieser Vereinbarung liegen anrechenbare Kosten in Höhe von EUR netto zugrunde.

Eine Anpassung des Pauschalhonorars erfolgt, wenn eine Erhöhung oder Verminderung von % dieser anrechenbaren Kosten durch die von der Auftraggeberin freigegebene Kostenberechnung nachgewiesen wird. Ein Umbauzuschlag fällt nicht an.

Die Obergrenze des Honorars liegt bei den Höchstsätzen der Honorartafel für anrechenbare Kosten von 5.000 EUR netto.

10.6.2 Übersteigen die anrechenbaren Kosten die Grenze von 4.000.000 EUR netto, wird vereinbart, dass das Honorar auf Empfehlung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes nach der weiterführenden Honorartabelle im HAV-KOM, Abschnitt A, ermittelt wird.

10.7 Werden Besondere Leistungen nachträglich vereinbart oder angeordnet, soll die Einigung über die Höhe der zusätzlichen Vergütung möglichst vor der Ausführung der entsprechenden Leistung getroffen werden. Die Vereinbarung hat schriftlich zu erfolgen. Eine Nichteinigung rechtfertigt keine Leistungsverweigerung oder Arbeitseinstellung. Der Auftragnehmer hat einen Anspruch auf eine in Textform gefasste Bestätigung des Vorliegens eines Mehrvergütungsanspruchs dem Grunde nach. Die Prüfung der Höhe der Vergütung erfolgt im Rahmen eines Nachtrags.

10.8 Ging der Beauftragung ein Wettbewerb nach RPW oder ein vergleichbares Verfahren voraus, werden im Wettbewerb erbrachte Leistungen nicht erneut vergütet, wenn der Wettbewerbsentwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird. Das Preisgeld und die Aufwandsentschädigung sind in diesen Fällen auf das Honorar anzurechnen.

10.9 Wenn eine Leistungserbringung für technische Anlagen in Außenanlagen beauftragt wird, dann werden zur Honorarermittlung die zugehörigen Anrechenbaren Kosten zu den korrespondierenden Anrechenbaren Kosten der KG 400 hinzugerechnet. Es erfolgt keine getrennte Honorarberechnung.

10.10 Honorar bei Um- und Mehrfachplanungsleistungen

10.10.1 Sind bereits erbrachte Grundleistungen ganz oder teilweise erneut zu erbringen, gilt § 10 Abs. 2 HOAI mit folgenden Maßgaben:

§ 10 Abs. 2 HOAI gilt in allen Fällen der Änderung des Inhaltes der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen (Änderungen des Leistungsziels oder des Leistungsumfangs), soweit diese Änderungen von der Auftraggeberin veranlasst worden sind oder Einvernehmen der Vertragsparteien hierüber besteht.

Erneute Ausschreibungen infolge Insolvenz oder Vertragsaufhebung/Kündigung stellen dabei grundsätzlich keine Wiederholung der Grundleistungen i.S.d. § 10 Abs. 2 HOAI dar.

§ 10 Abs. 2 HOAI gilt unabhängig davon, ob sich die anrechenbaren Kosten verändern oder gleichbleiben.

Maßgeblich für die Ermittlung des anteilig zu berechnenden Honorars nach § 10 Abs. 2 HOAI ist § 8 Abs. 2 HOAI.

10.10.2 Führt eine Änderung des Inhalts der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen (Änderungen des Leistungsziels oder des Leistungsumfangs) zu einer Änderung der anrechenbaren Kosten, gilt § 10 Abs. 1 HOAI mit folgenden Maßgaben:

§ 10 Abs. 1 HOAI ist anzuwenden, soweit diese Änderungen von der Auftraggeberin veranlasst worden sind oder Einvernehmen der Vertragsparteien hierüber besteht. Die Anpassung der Honorarvereinbarung erfolgt durch Erhöhung der anrechenbaren Kosten.

Verringern sich die anrechenbaren Kosten, bleibt ein etwaiger Anspruch des Auftragnehmers nach § 648 BGB von § 10 Abs. 1 HOAI unberührt.

10.10.3 Die Parteien sollen in den Fällen des § 10 HOAI eine schriftliche Honorarvereinbarung treffen. Die Einigung über den Leistungsumfang und die Höhe der zusätzlichen Vergütung soll vor der Ausführung der entsprechenden Leistung getroffen werden. Eine Nichteinigung rechtfertigt keine Leistungsverweigerung oder Arbeitseinstellung. Der Auftragnehmer hat einen Anspruch auf eine Bestätigung des Vorliegens eines Mehrvergütungsanspruchs dem Grunde nach in Textform. Die Prüfung der Höhe der Vergütung erfolgt im Rahmen eines Nachtrags.

10.11 Zeithonorar

Ist das Honorar nach Zeitbedarf zu ermitteln, werden die Leistungen nach dem tatsächlichen und nachgewiesenen Zeitbedarf auf Basis folgender Stundensätze abgerechnet:

- für den Auftragnehmer: EUR netto/Stunde
- für technische und wirtschaftliche Mitarbeiter mit der Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums: EUR netto/Stunde
- für technische und wirtschaftliche Mitarbeiter mit dem Ausbildungsstand oder dem vergleichbaren Ausbildungsstand eines technischen Zeichners: EUR netto/Stunde

10.12 Nebenkosten gemäß § 14 HOAI

10.12.1 ☐ Die Nebenkosten, mit Ausnahme der Kosten für das Baustellenbüro, sind mit dem Honorar abgegolten.

10.12.2 ☐ Die Nebenkosten mit Ausnahme der Kosten für das Baustellenbüro werden mit folgendem Vom-Hundert-Satz des Nettohonorars erstattet: %.

Darin sind enthalten:

- ☐ Anfertigen von Arbeitsmodellen.
- ☒ Vervielfältigen der Unterlagen,
- ☒ für die Auftraggeberin die

- Dokumentation von Ergebnissen der Leistungsphasen 1 – 4,
1-fach in Papierform,
CAD-Unterlagen im PDF und im DWG Format.
- ☒ für jede ausführende Firma die
Vervielfältigung von Ausführungsplänen je Planstand der Aus-
führungs- und Werkplanung,
1-fach in Papierform,
CAD-Unterlagen im PDF und im DWG Format.
- ☒ Post- und Fernmeldegebühren inkl. Versandkosten und Kosten für Da-
tenübertragung.
- ☒ Reisen des Auftragnehmers und seiner Mitarbeiter.
- 10.12.3 ☐ Bezüglich der erstattungsfähigen Nebenkosten wird folgende Regelung
getroffen:
Die Vervielfältigungen der Pläne und Leistungsverzeichnisse werden
von einer Kopier- und Pausanstalt erstellt. Die Rechnungen gehen direkt
an das Hochbauamt. Die Lieferscheine sind vom Auftragnehmer zu prü-
fen und zu bestätigen. Die Kosten für das Vervielfältigen der Leistungs-
verzeichnisse trägt die Auftraggeberin. Nach § 8 b Abs. 1 Nr.1 VOB/A
vereinbarte Entschädigungen stehen ausschließlich der Auftraggeberin zu.
- 10.12.4 Wird festgelegt, dass ein Baustellenbüro eingerichtet wird, trägt die Auf-
traggeberin die Kosten für das Baustellenbüro einschließlich Möblie-
rung, Beleuchtung, Beheizung und der Einrichtung eines Telefonan-
schlusses. Der Auftragnehmer ist ohne ausdrückliche Zustimmung der
Auftraggeberin nicht befugt, in die Ausschreibungstexte für die Bauleis-
tungen Regelungen in Bezug auf das Baustellenbüro aufzunehmen.

§ 11 Haftpflichtversicherung

Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung nach § 15 AVB müssen mindestens betragen und in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen:

11.1 für Personenschäden

bei voraussichtlichen honorarfähi- gen Herstellungskosten in EUR	Deckungssumme für Personenschäden in EUR
<input checked="" type="checkbox"/> bis 5.000.000	500.000
<input type="checkbox"/> bis 15.000.000	1.500.000
<input type="checkbox"/> über 15.000.000	3.000.000

11.2 für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)

bei voraussichtlichen honorarfähi- gen Herstellungskosten in EUR	Deckungssumme für sonstige Schäden in EUR
<input checked="" type="checkbox"/> bis 5.000.000	500.000
<input type="checkbox"/> bis 15.000.000	1.500.000
<input type="checkbox"/> über 15.000.000	3.000.000

§ 12 Ergänzende Vereinbarungen

12.1 Der Auftragnehmer benennt seine direkt mit der Maßnahme betrauten Mitarbeiterinnen Der Auftragnehmer benennt seine direkt mit der Maßnahme betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er verpflichtet sich, rechtzeitig vor Ausführung der vertraglichen Leistungen folgende Vereinbarungen abzugeben:

- eine Verpflichtungserklärung (Anlage 2) gemäß Verpflichtungsgesetz vom 02. März 1974 – BGBl. I S 469 ff./547 – in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung über die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten vor der Auftraggeberin abzugeben.
- eine Verpflichtungserklärung zur Geheimhaltung (Sonderanlage S.1)
- eine Vertraulichkeitsvereinbarung und Sicherheitsvereinbarung (Sonderanlage S.2)

Er hat dafür Sorge zu tragen, dass ggf. auch seine, mit den Leistungen fachlich betrauten Beschäftigten gegenüber der Auftraggeberin ebenfalls rechtzeitig eine solche Verpflichtungserklärung abgeben. Wechseln während der Erbringung der vertraglichen Leistung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gilt vorstehendes entsprechend.

Auftraggeberin Stadt Nürnberg, Stadtentwässerung und Umweltanalytik Wählen Sie ein Element aus. (Name)	Auftragnehmer (Unterschrift und Firmenstempel)
Nürnberg, den 	 , den

